



Gesundheitsmanagement trägt GdP-Handschrift

In NRW sind jedes Jahr 7500 der 45 000 Beschäftigten bei der Polizei sechs Wochen oder länger krank. Verantwortlich dafür sind nicht nur die besonderen Arbeitsbedingungen bei der Polizei, sondern auch eine verfehlte Einsatzplanung, die auf die gesundheitlichen Belastungen keine Rücksicht nimmt, zu wenig Angebote an Dienstsport und eine falsche Ernährung. In Nordrhein-Westfalen soll das jetzt anders werden. Ende Oktober hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit dem Hauptpersonalrat eine Betriebsvereinbarung für ein betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Polizei abgeschlossen. Es basiert auf den Anforderungen, die die GdP in die Verhandlungen mit dem Innenministerium eingebracht hat.

Wer mit ständig wechselnden Arbeitszeiten konfrontiert ist, wer mit der Arbeit kaum noch nachkommt, weil er als Sachbearbeiter immer mehr Vorgänge auf den Tisch bekommt oder im Dauerstress von Einsatz zu Einsatz hetzt, kennt das: Für eine ausgewogene, vernünftige Ernährung bleibt keine Zeit. Die reicht allenfalls für den Weg zur Pommessbude. Wieder einmal. Auch für den regelmäßigen Sport reicht es nicht. Und dann kommen mit den Jahren Pfunde und die ersten Gesundheitsschäden als Folge des jahrelangen Wechsels von Früh-, Spät- und Nachtschicht machen sich bemerkbar. Und die Spätfolgen traumatisierender Ereignisse.

Dass die körperliche Fitness für Polizeibeamte besonders wichtig ist, wissen trotzdem alle bei der Polizei. Sie wird in den kommenden Jahren sogar noch wichtiger, wenn in den meisten Polizeibehörden das Durchschnittsalter auf über 50 Jahre steigt. Seit Jahren dringt die GdP deshalb auf die Einführung eines betrieblichen Gesund-

heitsmanagements bei der Polizei. Denn nicht nur die Beschäftigten sind verantwortlich für ihre körperliche Fitness, sondern auch der Innenminister. Er muss als Dienstherr für die Vermeidung gesund-

Ein starkes Jahr!

Wer Anfang 2010 vorausgesagt hätte, dass wir bis Ende des Jahres nicht nur das längst überfällige Gesundheitsmanagement für die Polizei bekommen werden, sondern dass bald auch ein Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst auf dem Tisch liegen wird, dass ab 2011 die Zahl der Neueinstellungen auf 1400 steigt und dass die Polizei- und Feuerwehruzulage wieder ruhegehaltstauglich wird, wäre wahrscheinlich als Fantast belächelt worden. Und dabei ist das noch längst nicht alles, was wir als GdP in diesem Jahr durchgesetzt haben.

2010 war ein starkes Jahr. Es war ein starkes Jahr, weil wir eine starke Gewerkschaft sind. Weil die Politik weiß, dass wir für unsere gemeinsamen Forderungen auch auf die Straße gehen, wenn das notwendig ist. 2010 war das nicht erforderlich, aber das kann sich schnell ändern. Zum Beispiel bei der kommenden Tarifrunde. Denn wir wollen, dass auch 2011 ein starkes Jahr wird.

Aber vorher möchte ich mich bei allen Mitgliedern und politisch Aktiven für eure Unterstützung in diesem Jahr bedanken. Denn ihr ward es, die 2010 zu einem starken Jahr gemacht haben.

**Euer Frank Richter
Landesvorsitzender**



heitsbelastender Arbeitsbedingungen sorgen. Und er muss Ausgleichsmaßnahmen organisieren, wenn gesundheitliche Belastungen nicht zu verhindern sind. So will es das Gesetz. Doch bei Innenminister Ingo Wolf (FDP) stieß die GdP mit ihrer Forderung nach einem betrieblichen Gesundheitsmanagement jahrelang auf

taube Ohren. Wolf hatte sich in den mehr als zweijährigen Verhandlungen mit dem Personalrat verrannt. Für ihn war die Durchsetzung einer verpflichtenden Rettungsschwimmerübung wichtiger, als ein Sporterlass, der den Bedingungen des Polizeialltags gerecht wird (DP 11/2010). Dieser Knoten ist mit der neuen Dienstvereinbarung jetzt durchschlagen. In der Rahmenkonzeption bekennt sich der neue Innenminister Ralf Jäger (SPD) ausdrücklich zu seiner Verantwortung als Arbeitgeber. Das neue Gesundheitsmanagement gilt deshalb nicht nur für die Beamten, sondern für alle Beschäftigten.

Kernelement des Gesundheitsmanagements ist neben verbesserten Angeboten im Bereich Sport und Ernährung die Vermeidung gesundheitsschädlicher Arbeitsbedingungen. Neben arbeitsorganisatorischen Maßnahmen im engeren Sinn zählt dazu auch die Entwicklung eines polizeispezifischen Stressmanagements. Zudem soll das Personalentwicklungskonzept der Polizei so verändert werden, dass älteren, gesundheitlich belasteten Beschäftigten ein möglichst langes Verbleiben im Polizeidienst ermöglicht wird.

Verantwortlich für die Umsetzung des Gesundheitsmanagementsystems sind die örtlichen Polizeibehörden.

Sie müssen mit den Personalräten vor Ort eigene Dienstvereinbarungen treffen, wie sie die Ziele des Gesundheitsmanagements erreichen wollen.

Damit sich tatsächlich etwas ändert, sind zudem regelmäßige Gesundheitsberichte geplant.





2010 – ein Rückbl

++++ Das Jahr hat noch nicht richtig begonnen, da zieht schon das erste Megaproblem am Horizont herauf, die Abwehr der Gefahren, die von **rückfallgefährdeten Gewalt- und Sexualstraftätern** ausgehen, die aus der Haft oder Sicherheitsverwahrung entlassen und rund um die Uhr von Polizisten beobachtet werden müssen. Erst in Heinsberg, dann auch anderswo in NRW. Am **13. Januar** fordert GdP-Landesvorsitzender Frank Richter für rückfallgefährdete Sexualstraftäter, die sich in der Haftzeit jeglicher Therapie verweigern, ein **eigenständiges Unterbringungsrecht**. Sie sollen auch gegen ihren Willen festgehalten werden können, wenn von ihnen eine massive Gefahr für die Öffentlichkeit ausgeht. Ende August macht sich die Bundesregierung diese Forderung zu Eigen. +++++ Am **18. Januar** startete die GdP ihre bundesweite **Kampagne „Keine Gewalt gegen Polizisten“**. Mit ihr soll verhindert werden, dass Angriffe auf Polizeibeamte von den Gerichten weiterhin als Kavaliersdelikt abgetan werden. +++++ Erfolg setzt Mächtigkeit voraus. Fast 70 aktive GdP-Mitglieder treffen sich deshalb **Ende Januar** zu einem zweitägigen **Workshop zur Mitgliedergewinnung**. Das Ziel: Wie kann die GdP attraktiver werden? Auch für Nichtmitglieder aus dem Bestand. Und wie können austrittswillige Kolleginnen und Kollegen zurückgewonnen werden? +++++ Für das Sicherheitsgefühl der Menschen, nehmen **Wohnungseinbrüche** einen zentralen Stellenwert ein. Doch die Aufklärungsquote verharrt seit Jahren bei gerade einmal 16 Prozent. Auf dem **Kriminalforum** der GdP am **25. Februar** in Düsseldorf fordern Einbruchsexperten deshalb ein Modellprojekt, mit dem **neue Wege zur Verbesserung der Aufklärungsquote** erprobt werden sollen. +++++ **Anfang April** erscheinen kurz hintereinander zwei Positionspapiere des Landesbezirks zur **„Zukunft des Höheren Dienstes“** und zur **„Reform des Dienstrechts in NRW“**. Mit den Positionspapieren startet der Landesbezirk eine neue Broschüren-Reihe. Beide Papiere spielen eine große Rolle bei den parallel laufenden Reformdiskussionen auf der politischen Bühne. +++++ Kurz darauf geht auch die neue **Homepage des Landesbezirks** online. Klarer und informativer und mit mehr Spaß beim Klicken, so tritt seitdem der Landesbezirk im World Wide Web auf. Sechs Menü-Punkte gliedern das Informationsangebot – von der Organisationsstruktur des Landesbezirks bis zur Infothek mit einem umfangreichen Downloadangebot. +++++ Vom **20. bis 22. April** folgt mit dem **Landesdelegiertentag** der erste Höhepunkt des Jahres. **95 Prozent der Delegierten wählen Frank Richter** für weitere vier Jahre zum Landesvorsitzenden. Auch die übrigen zehn Mitglieder des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands erreichen hohe Wahlergebnisse. Zudem verabschieden die Delegierten mehr als 200 Anträge, mit Forderungen und Empfehlungen für die GdP-Politik in den kommenden vier Jahren. +++++ Nur zwei Wochen nach dem Landesdelegiertentag folgt am **9. Mai die Landtagswahl**. CDU und FDP verlieren die Mehrheit im Land. Doch es sollte mehr als zwei Monate dauern, bis SPD und Grüne am **14. Juli eine Minderheitsregierung** bilden, mit Hannelore Kraft (SPD) an der Spitze. +++++ Am **1. Juli** legt die GdP ein Positionspapier zum **„Gesundheitsmanagement bei der Polizei“** vor. Das über 40 Seiten starke Papier konkretisiert Anforderungen, die die GdP bereits 2009 in einem ersten Positionspapier präsentiert hatte. Ende Oktober wird daraus die **Blaupause für das Konzept des neuen Innenministers Ralf Jäger** (SPD) für das Gesundheitsmanagement bei der Polizei. +++++ Am **13. Juli** bewertet erneut ein Verwaltungsgericht in NRW das Anlegen der Uniform als Arbeitszeit. Das von der GdP angestrebte Urteil schlägt hohe Wellen. Nicht nur das Nachrichtenmagazin Der Spiegel berich-



ick in Schlagzeilen

tet darüber, sondern auch die britische BBC und der arabische Nachrichtensender Al Jazeera. ++++ Am **24. Juli** sterben bei der **Duisburger Love Parade** 21 Menschen, Hunderte werden verletzt. Verantwortlich für den Tod der Love-Parade-Besucher sind der Veranstalter Lopavent, der Sicherheitsauflagen nicht eingehalten hat, und die Stadt Duisburg, die die Veranstaltung ohne ausreichende Kontrollen genehmigt hatte. Aber auch die Polizei gerät in die Kritik, weil es zwischen einzelnen Einsatzgruppen Kommunikationsspannen gegeben haben soll. ++++ Ende Juli gibt Innenminister Jäger bekannt, dass die von der neuen Landesregierung angekündigte Anhebung der Neueinstellungen bei der Polizei auf **1400 Anwärterinnen und Anwärter** 2011 erstmals greifen soll. Damit wird die erste, der für die Polizei relevanten Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umgesetzt. Angekündigt hat Rot-Grün auch die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage und die **Wiederherstellung der Mitbestimmung** im öffentlichen Dienst. ++++ 46 000 neue Dienstpistolen sind seit 2005 in NRW an die Polizei ausgeliefert worden – **bei 120 von ihnen ist es zu Schussausfällen gekommen**. Als die GdP am 27. August öffentlich auf den Skandal aufmerksam macht, reagiert das Innenministerium schnell. Die störanfälligen Abzugsfedern sollen bei allen Waffen gegen einen anderen Federtyp ausgetauscht werden. ++++ Doch das sollte nicht der einzige Skandal bei der Polizei bleiben. Über Monate hinweg müssen sich die Einsatzkräfte immer wieder mit **verdorbenen Lebensmitteln** herumschlagen. Das Innenministerium versucht zunächst, den Protest der GdP auszusetzen. Doch **am 17. September** ist das Maß endgültig voll. Nur wenige Stunden, nachdem die Bildzeitung Fotos der GdP über rohe Puten-Schnitzel veröffentlicht hat, **kündigt Innenminister Jäger den Caterervertrag** fristlos. ++++ Nur zwei Wochen später, am **29. September**, kann die GdP einen weiteren Erfolg verbuchen: Die zum 1. September neu eingestellten 1100 **Polizeianwärterinnen und -anwärter** müssen nicht länger auf ihr Gehalt warten, sondern bekommen eine Abschlagszahlung. Ohne die massive Intervention der GdP hätte das noch Wochen gedauert. ++++ Am **2. Oktober** tut sich ein neues Problem auf: Nach einer Software-Umstellung bricht das landesweite **Vorgangsbearbeitungssystem IGVP** zusammen. Die GdP hatte bereits vor Jahren auf dessen Schwachpunkte hingewiesen und den Umstieg auf ein anderes System gefordert. ++++ Am **5. November** räumt der Bundesrat ein weiteres Hindernis der Polizeiarbeit aus dem Weg: Der **Richtervorbehalt bei der Entnahme von Blutproben** von Alkoholsündern soll wegfallen. In Zukunft sollen Alkoholsünder nicht mehr länger straffrei bleiben, nur weil nachts kein Richter erreichbar ist. ++++ Weil die Bundesregierung die Laufzeiten der altersschwachen Atomkraftwerke verlängert und das Gesetz ohne lange Aussprache durch den Bundestag drückt, gerät der **Castor-Transport Anfang November** zum Fiasko. Bis zu dreißig Stunden ohne Pause sind die Polizisten in Gorleben im Einsatz, darunter auch 1500 aus NRW. Damit sich dieses Chaos nicht wiederholt, fordert die nordrhein-westfälische GdP den sofortigen Stopp des Stellenabbaus bei der Bereitschaftspolizei des Bundes und der Länder. Besonders belastete Wochenenden müssten in Zukunft Bundesliga-frei bleiben. **Castor und Bundesliga an einem Wochenende** – das geht nicht. ++++ Am **22. bis 24. November** geht mit einem weiteren Kongress das Wahljahr 2010 zu Ende: 254 stimmberechtigte Delegierte wählen auf dem Bundeskongress in Berlin den neuen GdP-Bundesvorstand. Für NRW tritt Frank Richter an, der sich um die Position des ersten stellvertretenden Bundesvorsitzenden bewirbt.



Was waren die Ursachen des IGVP-Zusammenbruchs?

Am 4. Oktober ist es nach einer Softwareumstellung zum zeitweisen Zusammenbruch des Vorgangsbearbeitungssystems IGVP gekommen. Mit weitreichenden Folgen für die Arbeit der Polizei in NRW. Wie konnte es zu dem Ausfall kommen? Und welche Schlussfolgerungen wurden aus ihr gezogen? Das hat die GdP den Projektleiter IGVP im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste, Markus Hattwig, gefragt.

Auslöser der Panne war ein Wechsel von der Software-Version 4.2 auf die Version 5.2. Warum erfolgte der Wechsel?

IGVP ist ein Produkt der Länder-Kooperation Bayern, Thüringen und Nordrhein-Westfalen. Die Kooperation hat den Sinn, geringere Kosten und einen geringeren Aufwand bei der Entwicklung und Einführung einer Anwendung zu erzeugen. Das kann aber nur funktionieren, wenn alle Kooperationspartner die gleiche oder zumindest eine ähnliche Version im Einsatz haben.

Der Systemzusammenbruch hat auch das LZPD überrascht. Wurde die neue Software vorher nicht getestet?

Bevor eine neue IGVP-Version eingeführt wird, erfolgen immer vielfältige Tests beim LZPD. Zum einen testen wir,

ob noch Fehler in der Anwendung zu finden sind. Zum anderen testen wir das Zusammenspiel zwischen den weiteren IT-Anwendungen und IGVP. Auch die Schnittstellen zu Findus, Case, PKS, VUD etc. werden überprüft. Anschließend durchläuft die Anwendung das Zertifizierungsverfahren, bevor sie auf den Arbeitsplatz-PC im Land installiert wird. Bei der IGVP-Version 5.2 haben wir sogar noch einen ca. dreimonatigen Test mit vier Behörden vorgeschaltet.

Dennoch ist das System am 4. Oktober zusammengebrochen, als die Behörden darauf zugreifen wollten. Was war die Ursache dafür?

Auf diese Frage gibt es keine einfache Antwort. Auch wir haben erst nach den Ursachen suchen müssen. Als die Umstel-

lung am Wochenende 2./3. Oktober erfolgte, waren die Rückmeldungen aus den Behörden zunächst positiv. Alle Funktionen standen ohne Einschränkungen zur Verfügung. Erst am Montagmorgen führten die hohen Anmeldezahlen im Rahmen des Tagesdienstes zu einer derart hohen Last im System, dass zunächst die Vorgangswartung (VWV) nicht mehr nutzbar war und im Anschluss auch das Polizeiliche Vorgangsprogramm (PVP) ausfiel.

Welche Maßnahmen wurden durch die Projektgruppe IGVP veranlasst, um die Arbeitsfähigkeit der Polizeibehörden möglichst schnell wieder herzustellen?

Hier ist zwischen den technischen und den organisatorischen Maßnahmen zu unterscheiden. Im Bereich der Technik wurden in der ersten Woche die Einstellungen des Großrechners sowie die Anwendungskomponenten als solche überprüft. Dabei hat sich herausgestellt, dass das Problem durch die Isolation der Anwendungskomponente VWV reduziert werden konnte. Damit war es zumindest möglich, das Polizeiliche Vorgangsprogramm (PVP) wieder uneingeschränkt zu nutzen. Durch das Isolieren der Programmkomponente VWV konnten wir zudem weitere Tests in diesem Bereich durchführen.

Auf der organisatorischen Ebene haben wir zunächst Übergangslösungen entwickelt, die den Kreispolizeibehörden die Möglichkeit gegeben haben, in Tageszeiten mit geringer Last in einem begrenzten Nutzerkreis auf die Anwendung VWV zuzugreifen. Dazu wurden sogenannten „Erfassungsfenster“ eingerichtet.

Die Kollegen vor Ort waren davon alles andere als begeistert.

Ich weiß, dass gerade die ersten Erfassungsfenster zur Nachtzeit für die Kolleginnen und Kollegen enorm belastend waren. Aber durch weitere Systemoptimierungen konnten wir nach einer Woche die Anzahl der Erfasser verdoppeln und die Erfassungsfenster in den Tagesdienst verlagern.

Wie hoch schätzen Sie die Zahl der Vorgänge ein, die bislang nicht bearbeitet werden konnten?

Aus den Rückmeldungen der Kreispolizeibehörden weiß ich, dass die Erfassungsfenster bereits Ende Oktober primär dazu genutzt worden sind, die täglich neu hinzugekommenen Vorgänge in der



Neue Wintermütze im Trageversuch: Im vergangenen, bitterkalten Winter hatte die GdP das Fehlen einer Wintermütze bei der neuen Uniform bemängelt. Jetzt hat das Innenministerium die Kritik aufgegriffen: In einem bis Ende März kommenden Jahres befristeten Trageversuch soll in Aachen, Kleve und Olpe ein Nachfolgemodell für die alte Wintermütze getestet werden. Die als Base-Cap gestaltete neue Mütze besteht außen aus dem gleichen Gewebe wie die Cargohose, damit sie farblich zur neuen Uniform passt. Das Gewebe ist wasser-, öl- und schmutzabweisend. Bei extremen Winterverhältnissen kann ein Ohren- und Nackenschutz ausgeklappt werden. Innen ist die Wintermütze mit einem weichen Fleece abgefüttert. Zur besseren Erkennbarkeit hat die Mütze außen ein umlaufendes, reflektierendes Band. Zusätzlich sind rechts und links reflektierende Schriftzüge Polizei angebracht. Vorne befindet sich ein silberner Stern mit dem Landeswappen.

GdP-Vorstand Adi Plickert sieht mit der neuen Mütze eine wichtige Forderung der GdP umgesetzt. „Durch Form und Tragekomfort ist eine höhere Akzeptanz bei den Kolleginnen und Kollegen zu erwarten, als bei der früheren Wintermütze. Jetzt muss der Trageversuch zeigen, ob die Mütze den Praxistext beim Wärmeschutz besteht.“



POLITIK IN NRW

Vorgangsverwaltung zu bearbeiten. Deshalb gehe ich davon aus, dass aktuell keine Rückstände mehr vorhanden sind.

Besteht die Möglichkeit, dass durch die Störungen Vorgänge verlorengegangen sind?

Wir haben das überprüft, deshalb kann ich sagen, dass keine Vorgänge verlorengegangen sind. Es kann aber sein, dass während der Zeit der Systemstörung Anwendungen abgebrochen sind und der Vorgang erneut erfasst werden musste. Das dürfte aber nach dem 8. Oktober die absolute Ausnahme gewesen sein.

Die neue Software-Version 5.2 läuft erst seit dem 4. November vollständig. Warum hat es so lange gedauert, die Störung endgültig zu beheben?

Die Suche nach einem Fehler in einem EDV-System gestaltet sich grundsätzlich schwierig. Der Fehler kann in einem Defekt des Großrechners oder einer Komponente liegen. Er kann aber auch in der Anwendung IGVP oder einer ihrer Komponenten liegen. Auch Netz- und Übertragungsprobleme können eine Ursache sein. Nachdem wir diese Bereiche für sich überprüft haben, erfolgte die Fehlersuche im Zusammenspiel der einzelnen Komponenten.

Die Fehlersuche in IT-Systemen kann man sich durchaus wie klassische Tatortarbeit vorstellen: Man geht von außen nach innen vor. Auch hier werden zunächst die offensichtlichen Spuren überprüft und gesichert, dann bewertet und in Beziehung zueinander gestellt. Aber auch dann ist nicht jeder Sachverhalt geklärt. Wie bei der Tatortarbeit war die Lösung des Problems, auf die wir am Ende gestoßen sind, erst nach vielen kleinen und zeitintensiven Schritten erkennbar: Im Zuge der Einführung der IGVP-Version 3 im Jahr 2005 fanden von Seiten der Hersteller der Großrechner und der Datenbanksoftware Systemanpassungen statt, um das System „schneller“ zu machen. Diese Einstellungen waren in der IGVP-Version 4 völlig unkritisch. Mit der Einführung der Version 5 schlugen die Maßnahmen zur Optimierung des Systems aber in ihr Gegenteil um. Nachdem wir diesen Fehler gemeinsam mit Hewlett Packard und Oracle festgestellt haben, mussten die Herstellerfirmen die notwendigen Veränderungen erst genehmigen, weil sonst jegliche Gewährleistung erloschen wäre. Auch dieses Problem haben wir inzwischen gelöst, so dass IGVP 5.2 am 4. November mit allen

Komponenten wieder freigegeben werden konnte.

Am 1. Januar ist eine weitere Umstellung auf die Version 5.3 geplant. Ist dieser Termin noch zu halten?

Nein. Wichtig ist es zunächst, den Fehler vollständig zu analysieren. Erst dann können wir prüfen, ob es Auswirkungen auf die IGVP-Version 5.3 gibt. Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat deshalb unserem Vorschlag zugestimmt, die Einführung der IGVP-Version 5.3 auf den 1. März und die Einführung des PKS-Bearbeitungsmoduls auf den 1. April 2011 zu verschieben.

GdP dringt auf mehr Stellen im Höheren Dienst

Nur 1,5 Prozent der Stellen der Polizei in NRW gehören zum Höheren Dienst (h. D.). In den meisten anderen Bundesländern und in etlichen Behörden des Landes NRW sind es erheblich mehr. Nach Meinung der GdP ist der historisch entstandene niedrige Stellenanteil des Höheren Dienstes bei der Polizei sachlich nicht mehr zu rechtfertigen. Sie fordert deshalb eine schrittweise Ausweitung auf drei Prozent.

Welche Schritte zur Umsetzung dieses Ziels erforderlich sind und wie sich die damit verbundenen höheren Personalkosten angesichts knapper öffentlicher Mittel finanzieren lassen, war einer der zentralen Diskussionspunkte der h.D.-Tagung am 3. November in Düsseldorf, zu der die GdP führende Polizeibeamte der Besoldungsgruppen A 15 und A 16 eingeladen hatte. Zeitweise nahm an der Tagung auch der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) teil. Er sagte zu, sich beim Finanzminister dafür einzusetzen, dass ausreichende finanziel-

le Mittel zur Ausweitung des Stellenkegels h. D. zur Verfügung gestellt werden. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter nahm das Angebot auf und bot der Landesregierung konstruktive Gespräche zur Lösung des Problems an. Richter wies dabei darauf hin, dass ohne eine Ausweitung der Planstellen A 15 und A 16 viele Beamte des Höheren Dienstes Gefahr laufen, aus der Besoldungsgruppe A 14 in Pension zu gehen. Dies wäre eine Motivationsbremse sowohl für Polizistinnen und Polizisten in A 13/A 14, als auch für potenzielle Bewerber für den Höheren Dienst.

Weitere Themen der h. D.-Tagung waren die Berücksichtigung von Polizeibeamten bei der Bestellung von Polizeipräsidenten, die Zukunft der Einsatzverpflegung und die von der Landesregierung angekündigte Novellierung des LPVG. Bereits Mitte Oktober hatte die GdP Führungskräfte im Bereich A 13 und A 14 zu einer eigenen h. D.-Tagung mit den gleichen Themen eingeladen.



Unter dem Titel „Wie viel Kontrolle muss sein? Alkohol und Geschwindigkeit als Problem der Verkehrssicherheit“ hat der GdP-Landesbezirk für den 7. Dezember Verkehrsexperten der Polizei, aus dem Innenministerium NRW und der Wissenschaft zu einem eintägigen Verkehrsforum nach Düsseldorf eingeladen. Referenten der bereits zum zweiten Mal durchgeführten Fachtagung sind der Kölner Verkehrspsychologe Professor Dr. Egon Stephan, der Referent für Verkehrsangelegenheiten im Ministerium für Inneres und Kommunales in NRW, Georg Bartel, und Martin Mönninghoff, Dozent für Verkehrslehre an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. Die Positionen der GdP werden auf dem Forum vom Landesvorsitzenden Frank Richter und von Vorstandsmitglied Michael Mertens vorgestellt.

Die Fachtagung ist Teil der GdP-internen Diskussionen zur Fortschreibung des Verkehrspolitischen Programms der GdP.

Infos und Anmeldung: GdP-Landesbezirk NRW, Martin Volkenrath, Tel. 02 11/2 91 01 42, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3. 12. Ilse Martin, Wuppertal
Hans Selonke, Rhauderfehn
- 4. 12. Ilse Wörmann, Bielefeld
- 5. 12. Gerhard Schwarz, Haan
- 7. 12. Paul Landmesser, Gladbeck
- 10. 12. Werner Ritzau, Bielefeld
Johannes Schulte, Paderborn
- 15. 12. Hubert Damm,
Bergisch Gladbach
Maria Ehlert, Oberhausen
- 17. 12. Horst Grannich, Selm
- 20. 12. Else Moeller, Witten
- 22. 12. Heinrich Buchholz, Oberhausen
- 23. 12. Liesbeth Rauscher, Beverungen
- 28. 12. Walter Kranz, Bonn
- 29. 12. Erna Laatsch, Hagen
- 30. 12. Herbert Lowin,
Mönchengladbach
Wilhelm Reese, Bochum

91. Geburtstag

- 1. 12. Fritz Thrun, Bad Homburg

- 3. 12. Elsbeth Vach, Groß-Umstadt
- 4. 12. Hans Höhne, Krefeld
- 6. 12. Maria Liehr, Dortmund
- 7. 12. Wilhelm Koch, Köln
Gerda Witt, Münster
- 10. 12. Elsbeth Glaubitz, Duisburg
- 12. 12. Lieselotte Pauluhn, Koblenz
Hedwig Vogt, Gronau
- 14. 12. Friedrich Kohleick, Wuppertal
- 17. 12. Robert Casselmann, Simmerath
- 19. 12. Ursula Welling, Düsseldorf
- 24. 12. Magdalene Schlenz, Wuppertal
- 25. 12. Ella Müller, Nettetal
- 26. 12. Richard Stellmacher,
Gelsenkirchen
- 28. 12. Frieda Laake,
Rheda-Wiedenbrück
- 30. 12. Helmut Scherer, Köln
Usula Spielmann, Siegburg

92. Geburtstag

- 13. 12. Irmgard Geißler, Meschede
Anna Grimm, Köln
- 22. 12. Everhard Bruene, Bottrop
- 29. 12. Leonore Bläser, Bochum

93. Geburtstag

- 11. 12. Emilie Schüler, Bochum

94. Geburtstag

- 12. 12. Hugo Timmer, Essen

- 15. 12. Gerhard Nave, Bielefeld
- 17. 12. Emilie Erika Witzel, Bochum
- 18. 12. Gertrud Schulzen,
Neukirchen-Vluyn
- 19. 12. Ewald Kasper, Düsseldorf
- 22. 12. Gertrud Bramsiepe, Essen
- 29. 12. Wolfgang Haetzold, Herne

95. Geburtstag

- 5. 12. Gerda Laub, Köln

96. Geburtstag

- 18. 12. Friedrich Koch, Kürten
- 20. 12. Elfriede Schneider, Wiehl
- 21. 12. Siegfried Simonsohn, Münster
- 28. 12. Heinrich Giese, Recklinghausen

97. Geburtstag

- 5. 12. Rudolf Horstkotte, Bielefeld

98. Geburtstag

- 12. 12. Ferdinand Müller, Paderborn
- 15. 12. Gertrud Grunau, Gelsenkirchen

99. Geburtstag

- 15. 12. Fritz Kraatz, Essen

100. Geburtstag

- 15. 12. Friedrich Berner, Frechen

102. Geburtstag

- 17. 12. Elisabeth Schönenbach, Mainz

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Nachfolgerin für Brigitte Herrschaft nominiert

Gut eineinhalb Jahre vor dem Wechsel von Vorstandsmitglied Brigitte Herrschaft in Altersteilzeit haben am 28. Oktober die Delegierten des Tarifforums des GdP-Landesbezirks Jutta Jakobs als Nachfolgerin für den Bereich Tarifpolitik nominiert.

Jakobs, 42, ist bislang stellvertretende Vorsitzende der Kreisgruppe LKA sowie Vorsitzende des dortigen Personalrats. Sie wurde mit einer Enthaltung gewählt. Die frühe Nominierung einer Nachfolgerin für Brigitte Herrschaft soll eine kontinuierliche Fortführung des für die GdP zentralen Vorstandsbereichs Tarifpolitik sicherstellen.

Um eine enge Verzahnung der Tarifpolitik mit der Arbeit des Polizei-Hauptpersonalrats (PHPR) zu gewährleisten, soll Jutta Jakobs zudem bei der Personalratswahl im Frühjahr 2012 als Kandidatin für den PHPR aufgestellt werden. Dem Wahlvorschlag des Tarifforums muss der Landesbezirksvorstand auf seiner nächsten Sitzung im kommenden Februar noch zustimmen.

Zudem haben die Delegierten der tarifpolitischen Konferenz über aktuelle Herausforderungen an die Tarifpolitik, die Rahmenbedingungen der Tarifrunde 2011 und die Personalratswahlen 2011 diskutiert.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe
ist der 6. Dezember.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Erschwerniszulage: GdP geht in Berufung

In einem von der GdP angestrebten Musterverfahren hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf in erster Instanz entschieden, dass die Mitglieder der Verhandlungsgruppe keinen Anspruch auf die Erschwerniszulage haben, wie sie den Mitgliedern von Spezialeinsatzkommandos zusteht. Gegen diese Entscheidung hat die GdP Berufung eingelegt.

Ausschlaggebend für die Entscheidung der Düsseldorfer Richter war nicht die tatsächliche Belastung der Verhandlungsgruppe, sondern ausschließlich ein formaler Gesichtspunkt: Nach Meinung

des Gerichts fallen die Mitglieder der Verhandlungsgruppe nicht unter Paragraph 22 Abs. 2 Nr. 1 der Erschwerniszulagenverordnung (a. F.). Zwar habe das Land NRW vor dem Inkrafttreten der

Föderalismusreform die Aufnahme der Verhandlungsgruppe in die Erschwerniszulagenverordnung befürwortet, sich damit aber nicht gegen die anderen Bundesländer durchsetzen können, erklärten die Richter. Eine analoge Anwendung dieser Vorschrift scheidet aber mangels einer planwidrigen sachlichen Lücke im Beamtenbesoldungsrecht aus. Auch einen Verstoß gegen das Gleichheitsgebot aus Art. 3 Abs. 1 GG sah das Gericht als nicht gegeben an. Die GdP ist dennoch optimistisch, das erstinstanzliche Urteil vor dem Obergerverwaltungsgericht kippen zu können. „In ihrer Urteilsbegründung haben die Düsseldorfer Richter ausdrücklich die erhebliche Gefährdung und psychische Belastung der Beamten der Verhandlungsgruppe hervorgehoben und erklärt, dass ihre Aufnahme in den zulageberechtigten Personenkreis aus Sicht des Gerichts als wünschenswert erscheint“, betonte Vorstandsmitglied Adi Plickert nach Bekanntwerden des Urteils. Zudem hindere niemand die Landesregierung daran, die bestehende Schieflage durch eine neue Verordnung zu beseitigen. „So lange der Bund dafür zuständig war, hat die Landesregierung von NRW immer eine Aufnahme der Verhandlungsgruppen in der Erschwerniszulagenverordnung gefordert. Jetzt kann sie das eigenständig auf den Weg bringen, ohne auf andere Länder warten zu müssen.“

GdP aktiv

1. 12., Nikolaus-Bowling-Turnier der Kreisgruppe Coesfeld in Billerbeck, Infos und Anmeldung Tel.: 0 25 41/1 44 90

2. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 14.30 Uhr, Saal 152, Signal-Iduna Versicherung, Vorwärtsstraße, Dortmund (gegenüber PP)

2. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Euskirchen, 14.30 Uhr, Gaststätte Bürgerhof, Aachener Str., 53925 Kall

5. 12., GdP-Wintermärchen, Tannenbäume zum Selberschlagen und Nikolausbesuch für die Kleinen, 11.30 Uhr, Hotel Schweinsberg, Fredeburger Str. 23, 57368 Lennestadt, Anmeldung: GdP NRW, Tel.: 02 11/2 91 01 10

9. 12., Skatturnier der Kreisgruppe Leverkusen, 16.00 Uhr, Sängerheim „Germania Opladen“, Werkstättenstr. 43, Leverkusen, Anmeldung: Horst Schweitzer, Tel.: 02 21/2 29-20 44

14. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Köln, 14.00 Uhr, PP Köln, Forum 1 und 2, Walter-Pauli-Ring 2-4, 51103 Köln

18. 12., Fahrt zum Weihnachtsmarkt nach Trier der Kreisgruppe Euskirchen, Anmeldung: Kurt Bongard, Tel.: 0 24 73/ 76 30

18. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 15.00 Uhr, „Berghäuser Hof“, Hattinger Straße 121, 58332 Schwelm

Wir sind die GdP

Wer an den Nachwuchs bei der Polizei denkt, denkt meistens an die über 3000 Anwärterinnen und Anwärter, die sich in NRW durch ein dreijähriges Bachelor-Studium auf den Polizeiberuf vorbereiten. Dass es bei der Polizei NRW auch fast 100 Auszubildende gibt, wird dabei leicht übersehen. Sechs der zurzeit 95 Auszubildenden arbeiten beim Polizeipräsidium Duisburg. Fabian Theisen und Albert Weber werden zum IT-Systemelektroniker ausgebildet, Lisa Marie Göbel zur Kauffrau für Bürokommunikation, Timo Soster, Julian Richwald und Ersan Senlik zum Kfz-Mechatroniker. Fünf von ihnen sind GdP-Mitglieder.

Warum sie Mitglied in der GdP sind? Bei der Frage sagen die fünf Duisburger das Gleiche, was auch Polizeibeamte sagen würden: „Weil ohne die GdP nicht viel läuft, wenn es um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes und die Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen geht.“ Weil Tarifbeschäftigte gekündigt werden können, ist für sie eine starke Gewerkschaft vielleicht sogar noch wichtiger als für Polizeibeamte. Deshalb kämpft die GdP dafür, dass in NRW alle Auszubildenden nach ihrer Ausbildung übernommen werden. „Nicht nur, weil das in NRW bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern selbstverständlich ist, sondern vor allem, weil wir unseren Nachwuchs brauchen, damit die Poli-

zei leistungsfähig bleibt“, wie Manfred Scherkus, Vertreter der Tarifbeschäftigten im Duisburger GdP-Vorstand, betont. „Schließlich wird die Polizei schon bald nicht nur bei den Abiturienten mit der Industrie um die besten Köpfe konkurrieren, sondern auch bei denjenigen, die nach einem mittleren Schulabschluss einen Ausbildungsplatz suchen.“



Senioren aktuell



Mehr als fünfzig Seminare stark ist das Bildungsprogramm 2011. Neben vielen Klassikern – vom Rhetorik-Seminar bis zur Gewerkschaftsakademie, vom Forum Kriminalpolitik bis zum Frauen-Seminar über Work-Life-Balance – finden sich auch im kommenden Jahr wieder einige Neuheiten. Hinzugekommen sind zum Beispiel zwei Seminare zur Mitgliederwerbung (17./18. 2. 2011 und 6./7. 4. 2011) sowie ein spezielles Führungskräfte-Training für Kreisgruppen (24./25. 3. 2011 und 13./14. 10. 2011). Auch für Verwaltungsbeamte bei der Polizei (4.–6. 4. 2011) und zum Schichtdienst (18.–20. 7. 2011) gibt es ein eigenes Angebot. Stark nachgefragt werden dürften zudem wieder die beiden Hotline-Seminare zur aktuellen Landespolitik. Deren Themen werden sechs Wochen vor Seminarbeginn festgelegt. Für alle anderen Seminare stehen detaillierte Informationen ab dem 1. Dezember auf der Homepage (Menüpunkt Bildung).

Kreisgruppe Aachen

15. Dezember, Senioren-Weihnachtsfeier, 15.00 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde 55, Aachen-Forst, Anmeldung: Ralf Dünzer, Tel. 02 41/95 77-2 30 03 (bis 10. 12. 2010)

Kreisgruppe BZ Brühl

16. Dezember, Senioren-Abschlusstreffen mit Partner, 18.00 Uhr, Biergarten Peter Bräutigam, Händelstraße, Bornheim-Merten, Anmeldung: Tel. 0 22 27/60 46 (bis 6. 12. 2010)

Kreisgruppe Dortmund

15. Dezember, Senioren-Weihnachtsfeier, 17.00 Uhr, Aula des PP Dortmund, Anmeldung: Fritz Rüßmann, Tel. 02 31/ 59 72 47

Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

8. Dezember, Nikolaus-Kaffeetrinken mit Jubilarehrungen, 15.00 Uhr, Gaststätte Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm, Anmeldungen: Johannes Heveling, Tel. 0 23 32/8 08 39

Kreisgruppe Gelsenkirchen

13. Dezember, Weihnachtsfeier, Gesang: Erler Chorquartett, 14.00 Uhr, PP Buer, Kantine

Kreisgruppe Köln

16. Dezember, Jahresabschlusstreffen, Jürgen Berg, Vorsitzender des Sozialwerks der Kölner Polizei, gibt einen Einblick über dessen Arbeit, 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Köln

Kreisgruppe

Autobahnpolizei/Verkehr Köln

10. Dezember, Jahresabschlussfeier und Jubilarehrung, 15.00 Uhr, PP Köln, Forum 3, Walter-Pauli-Ring 2–6, Köln,

Anmeldung: Herry Wilden, Tel. 02 21/2 29-64 55

Kreisgruppe Heinsberg

9. Dezember, Senioren-Weihnachtsfeier mit Angehörigen, 15.00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Hückel-Hilf-rath

Kreisgruppe Olpe

9. Dezember, Senioren-Weihnachtskaffeetrinken, 15.00 Uhr, Polizeiwache Olpe, Sozialraum, Kortemickestr. 2, Olpe

Kreisgruppe Soest

13. Dezember, Info-Veranstaltung über die Ziele der Seniorenarbeit, 15.00 Uhr, Stadtparkcafé, Am Stadtpark 1, Soest

Kreisgruppe Unna

15. Dezember, Weihnachts-Kaffeetrinken, 15.00 Uhr, Café und Bistro im Park, Luisenstr., Unna-Königsborn

Werbeaktion 2010

Glücksnummern des Monats

- 45 10940
Marion Dellhoven, Köln
- 45 18588
Anna Stammen, Duisburg
- 45 19489
Stefanie Schwarz, Bonn
- 45 18693
Rudolf Kablowski, Solingen

Die Gewinner erhalten ein Fenster-Thermometer.

NACHRUF

Erwin Arnold	16. 3. 1921	Gelsenkirchen	Theodor Lütgen	17. 6. 1935	Essen/Mülheim
Jürgen Baumanns	20. 11. 1959	Aachen	Wilhelm Oertgen	13. 12. 1924	Essen/Mülheim
Franz Bertelsbeck	24. 5. 1937	Coesfeld	Helmut Pauls	6. 10. 1938	Düsseldorf
Helmut Bradt	22. 9. 1929	Lippe	Mathilde Preiß	21. 9. 1925	Paderborn
Helmut Droll	16. 4. 1921	Paderborn	Klara Recker	21. 4. 1918	Wesel
Ella Fassbender	19. 7. 1921	Wesel	Karl Heinz Ryrko	13. 3. 1938	Münster
Erich Groenewold	31. 8. 1933	Mettmann	Anton Sartory	9. 8. 1922	Köln
Anna Maria Hallensleben	25. 9. 1934	Heinsberg	Gerhard Scharf	2. 10. 1932	Düsseldorf
Ruth Heinrichs	2. 1. 1917	Wuppertal	Willi Gerhard Schmidt	26. 3. 1941	PAI Bochum
Heinrich Held	7. 5. 1923	Bochum	Herta Schröder	23. 3. 1931	Märkischer Kreis
Wilhelm Hetzler	12. 10. 1915	Bochum	Lothar Siegle	26. 1. 1938	Gelsenkirchen
Maria Karioth	5. 12. 1909	Gelsenkirchen	Charlotte Singer	24. 2. 1921	Gütersloh
Karlheinz Kätker	27. 7. 1928	Aachen	Ralf Specht	30. 11. 1952	Dortmund
Werner Kaus	13. 1. 1918	LKA	Ruth Steinmann	5. 5. 1927	Dortmund
Willy Kohlstock	15. 2. 1912	Märkischer Kreis	Wilma Thomas	8. 8. 1916	Solingen
Elfriede Lennartz	18. 8. 1914	Heinsberg	Günter von Glahn	16. 10. 1925	LKA
Josefa Linger	22. 7. 1934	Hagen			

